

Kärnten: Aufarbeitung der Corona-Vergütungen vor Fristende

Das Bundesministerium nimmt Kärntner Behörden unter die Lupe: Verdacht auf unzureichende Prüfung von Corona-Vergütungen. Frist bis Jahresende drängt zur Klärung.

Die Debatte um die Corona-Vergütungen in Kärnten nimmt neue Wendungen. Trotz des anhaltenden Drucks und der nahenden Frist bis Jahresende, um die noch offenen Anträge abzuarbeiten, sind in den letzten Wochen anonymisierte Beschwerden aufgetaucht, die den zuständigen Behörden vorwerfen, bestimmte Anträge ohne eingehende Prüfung durchzuwinken. Diese Angaben erforderten sofortiges Handeln des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), welches daraufhin um Informationen über mögliche Unregelmäßigkeiten gebeten hat.

In einer offiziellen Stellungnahme kündigte das Ministerium stichprobenartige Überprüfungen der Verfahren an und forderte das Land Kärnten auf, Berichte aus den Bezirkshauptmannschaften vorzulegen. Diese Reaktionen unterstreichen die Wichtigkeit der Einhaltung von Transparenz und Fairness in den Verfahrensabläufen bezüglich der finanziellen Unterstützung für Unternehmen, die in der Pandemie finanziell betroffen sind.

Antworten der lokalen Behörden

Nach den ersten Überprüfungen konnte das Land Kärnten vorläufig entwarnen. Es wurde festgestellt, dass den Behörden keine spezifischen Missstände bei der Bearbeitung der Anträge

bekannt waren. Außerdem betonten die Verwaltungsbehörden, dass es keinerlei Weisungen gab, die dazu führten, Anträge unter einem bestimmten Betrag nicht gründlich zu prüfen. Diese Klarstellungen sollen dazu beitragen, das Vertrauen in die Abläufe und Entscheidungen der Behörden wiederherzustellen.

Bisherige Rückmeldungen durch die lokalen Behörden zeigen, dass die Überprüfungen nicht nur notwendig, sondern auch wertvoll sind, um potenziellen Missbrauch oder unordentliche Praktiken zu verhindern. Eine transparente Handhabung ist besonders in solchen Krisenzeiten von Bedeutung, um sowohl das Vertrauen der Bevölkerung als auch die Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen zu sichern.

Die Anfragen und Unstimmigkeiten sind symptomatisch für die Herausforderungen, die sowohl Antragsteller als auch Behörden in dieser außergewöhnlichen Zeit überwinden müssen. Mit der Frist, die sich dem Ende zuneigt, bleibt abzuwarten, ob alle Verfahren rechtzeitig abgeschlossen werden können und welche weiteren Schritte zur Verbesserung der Transparenz im Vergütungsprozess unternommen werden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)